

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

1. Wie sehen Sie für den Fall einer Regierungsbeteiligung die Bildungslandschaft, insbesondere die Schulstruktur in M-V im Jahr 2021? Welchen Stellenwert hat das Gymnasium in Ihrer künftigen Bildungspolitik? Wie stehen Sie zu einem differenzierten Schulsystem, insbesondere einem Gymnasium ab Klasse 5?

DIE LINKE plant keine administrativen Veränderungen an der Schulstruktur. Das Gymnasium ist und bleibt eine Schulart, in der Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Leistungen und Neigungen eine vertiefte und erweiterte allgemeine Bildung vermittelt wird. Eine Rücknahme des „Längeren gemeinsamen Lernens“ lehnen wir ab. Durch die „Strategie der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2023“ (Drucksache 6/5353) ergeben sich langfristig auch Änderungen der Schulstruktur.

2. Welche Maßnahmen und in welchem Umfang ergreifen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Absicherung bzw. Verbesserung der Unterrichtsversorgung? Wie stehen Sie zur Problematik der Seiteneinsteiger? Wird Ihre Fraktion an der Einstellung im Beamtenverhältnis festhalten? Wird es unter Ihrer Regierungsbeteiligung ein Festhalten an der geltenden Arbeitszeitverordnung (27 Wochenstunden) geben? Welche Maßnahmen zur dringend notwendigen Entlastung für die Lehrkräfte wollen Sie ergreifen?

Für Gymnasien gab es bereits eine verbesserte Stundenausstattung in Höhe von 35 Lehrerstellen im Rahmen der Inklusion, um unter anderem die Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern zu fördern. So werden die Rahmenbedingungen für eine gymnasiale Bildung insgesamt verbessert. Veränderte Stundenausstattungen hängen eng mit der Struktur der gymnasialen Oberstufe zusammen. Hier sehen wir organisatorischen Änderungsbedarf. Dieser hat dann eine andere, verbesserte Stundenausstattung zur Folge (Einführung von Grund- und Leistungskursen; Senkung der Anzahl der Hauptfächer; erhöhte Stundenausstattung für den Unterricht in den Hauptfächern).

Die Fortbildung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger muss zeitnah und qualitativ tiefgründig erfolgen. Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sollten in ihrem ersten Dienstjahr nicht mehr als 20 Stunden in der Woche unterrichten, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Qualifizierung, für die wir Anrechnungsstunden gewähren wollen, erfolgreich zu verfolgen und Überforderungen für alle Seiten vermieden werden.

Der Einstellung von Lehrkräften ins Beamtenverhältnis hatte zur Folge, dass zahlreiche Neueinstellungen erfolgen konnten.

Die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Gymnasien sollte in der nächsten Legislaturperiode in einem ersten Schritt um eine Stunde gesenkt werden. Als weitere Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte fordert DIE LINKE unter anderem Bürokratieabbau und ein Vertretungsbudget in Höhe von einer Wochenstunde pro Lehrkraft.

3. Welche Vorstellungen haben Sie hinsichtlich der Entlastung von Schulleitungen bezüglich der stetig gewachsenen zusätzlichen Aufgaben?

Werden Sie weitere A 14/E14-Beförderungsstellen (über den bisher ausgebrachten) zur Motivation und zur Herstellung von Arbeits-Leistungs- und Verantwortungsgerechtigkeit ausschreiben?

Gymnasien sind vom Ausbildungsprofil de facto Ganztagschulen. Wie stehen Sie zur generellen Anerkennung des Gymnasiums als Ganztagschule und der damit verbundenen entsprechenden personellen und finanziellen Ausstattung?

Zur Entlastung der Schulleitungen schlagen wir für jedes Schulleitungsmitglied die Erhöhung der Anrechnungsstunden um 2 Wochenstunden vor. Um insgesamt besondere Leistungen aller Lehrkräfte anzuerkennen, unterstützen wir die Ausschreibung von A14/E14-Beförderungsstellen, aber auch die Einrichtungen von Beförderungsstellen/beförderungsersetzende Höhergruppierung an anderen Schularten. Alle Schularten, haben einen bestimmten Stundenumfang, um den Unterricht gemäß der Stundentafel abzudecken. Die Klassen 5 bis 10 haben an allen Schularten die gleiche wöchentliche Unterrichtszeit pro Klasse zu gewährleisten. Somit ist es kein Alleinstellungsmerkmal der Gymnasien, de facto Ganztagschule zu sein. Deshalb sehen wir keinen Anlass, Gymnasien in diesem Bereich anders auszustatten.

4. Wie ist Ihr Standpunkt zur derzeitigen Inklusionsstrategie des Landes und insbesondere zum zwischen SPD, CDU und den LINKEN vereinbarten Schulfrieden bis 2023? Welche Grundposition bezüglich zielgleicher oder zieldifferenter Förderung am Gymnasium und im Besonderen in der Oberstufe nehmen Sie ein? Wie stehen Sie zur Wiedereinführung von Grund- und Leistungskursen und der entsprechend notwendigen Stundenausstattung an Gymnasien? Wie stehen Sie zum 13-jährigen Abitur?

Wir haben die Inklusionsstrategie mit erarbeitet und tragen diese auch. Selbstverständlich geht die Umsetzung nur schrittweise und behutsam, eventuell daraus resultierende Änderungsbedarfe sind möglich. Diese Bedarfe werden dann aufgenommen und mit den am „Inklusionsfrieden“ Beteiligten bearbeitet.

Die gymnasiale Oberstufe muss dringend reformiert werden. Ein inhaltlicher Schwerpunkt kann die Wiedereinführung des Kurssystems sein. Aber auch eine bessere Vergleichbarkeit innerhalb und zwischen den Bundesländern stellt einen Schwerpunkt dar. Nach einer erfolgreichen Reform der gymnasialen Oberstufe werden die Schülerinnen und Schüler förderlichere Lernbedingungen haben, die mehr Zeit für Unterricht, Förderung und Forderung bieten.

An den Fachgymnasien Mecklenburg-Vorpommerns ist es bereits möglich, das Abitur nach 13 Schulbesuchsjahren abzulegen.